

Der Senator für Justiz und Verfassung

**Freie Hansestadt
Bremen**

Bericht zur Belastung der bremischen Justiz

06.01.2012

I. Ordentliche Gerichtsbarkeit

Die Geschäftsentwicklung bei den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Bremen stellt sich im Bundesvergleich wie folgt dar:

a) Richterdienst

Amtsgerichte Zivilsachen

	2007	2008	2009	2010
Eingänge je Richter Bremen	728,4	677,8	687,7	719,3
Eingänge je Richter Bundesdurchschnitt	612	619,9	609,7	607,3
Erledigungen je Richter Bremen	745,4	689,6	679,6	690,1
Erledigungen je Richter Bundesdurchschnitt	616	613,9	613,1	611,5
Rang Bremen Erledigungen	1	1	1	1
Unerledigte Verfahren je Richter Bremen	297,5	269,9	279,6	317,3
Unerledigte Verfahren je Richter Bundesdurchschnitt	247,9	256,4	254,7	258,7
Verfahrensdauer in Mon. Bremen	4,3	4,3	4,3	4,7
Verfahrensdauer in Mon. Bundesdurchschnitt	4,5	4,5	4,6	4,7

Die Geschäftszahlen weisen aus, dass Bremen in diesem vergleichsweise großen Bereich absolute Spitzenleistungen erbringt. Eine weitere Steigerung ist nicht möglich, eine Stellenreduzierung ist daher keinesfalls vertretbar. Trotz der sehr hohen Effizienz wachsen die Bestdanzahlen allmählich an. Die Verfahrensdauer bewegt sich noch auf dem Bundesdurchschnitts-Niveau.

Amtsgerichte Familiensachen

	2007	2008	2009*	2010
Eingänge je Richter Bremen	428,5	433,1	417,0	502,2
Eingänge je Richter Bundesdurchschnitt	411,5	424,8	407,9	471,5

Erledigungen je Richter Bremen	426,7	424,8	405,0	464,3
Erledigungen je Richter Bundesdurchschnitt	411,3	420,3	404,3	441,8
Rang Bremen Erledigungen	4	7	6	4
Unerledigte Verfahren je Richter Bremen	329,2	322,4	317,3	368,8
Unerledigte Verfahren je Richter Bundesdurchschnitt	295,3	297,3	288,6	320,3
Verfahrensdauer in Mon. Bremen	7,9	8	8,8	7,4
Verfahrensdauer in Mon. Bundesdurchschnitt	8,2	8	7,9	6,9

*Wegen der Rechtsänderung durch das FamFG zum 01.09.2009 sind für das Jahr 2009 nur die Zahlen bis 31.08. ausgewiesen.

Die Eingangs-, Erledigungs- und Bestandszahlen je Richter liegen in Bremen oberhalb des Bundesdurchschnitts. Durch die Rechtsänderung durch das FamFG¹ sind früher im Verbund mit der Scheidung entschiedene Verfahren als eigenständige Verfahren mit zusätzlichen Anhörungspflichten ausgestaltet worden. Die Belastung der Familiengerichte ist hierdurch nicht unerheblich gestiegen. Der Rückgang in der Verfahrensdauer im Jahre 2010 beruht auf der strukturellen Veränderung der Verfahren. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern ist für Bremen eine Tendenz zu einer überdurchschnittlichen Verfahrensdauer zu erkennen.

Amtsgerichte Strafsachen

	2007	2008	2009	2010
Eingänge je Richter Bremen	456,4	418,6	427,6	396,8
Eingänge je Richter Bundesdurchschnitt	414,9	405,8	396,5	388,2
Erledigungen je Richter Bremen	457,3	429,6	428,4	413,8
Erledigungen je Richter Bundesdurchschnitt	414,6	414,9	404,0	395,4
Rang Bremen Erledigungen	2	5	3	3

¹ Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

Unerledigte Verfahren je Richter Bremen	150,8	133,8	131,1	122,6
Unerledigte Verfahren je Richter Bundesdurchschnitt	138,0	128,6	121,7	116,6
Verfahrensdauer in Mon. Bremen	5,1	4,9	4,4	4,8
Verfahrensdauer in Mon. Bundesdurchschnitt	4	4	3,9	3,8

Bremen weist in diesem Rechtsgebiet in allen drei Kategorien Eingänge, Erledigungen und Bestände stetig Werte auf, die oberhalb des bundesweiten Standards liegen. Die Bewältigung einer größeren Verfahrensmenge geht in Bremen einher mit einer überdurchschnittlichen Verfahrensdauer. In den in der Tabelle nicht besonders ausgewiesenen Bußgeldangelegenheiten beim Amtsgericht erreicht Bremen bei Eingängen und Erledigungen je Richter das beste Ergebnis aller Bundesländer.

Landgericht Zivilkammer 1. Instanz (ohne Kammer für Handelssachen)

	2007	2008	2009	2010
Eingänge je Richter Bremen	219,8	201,5	206,6	180,5
Eingänge je Richter Bundesdurchschnitt	170,9	172,3	171,9	175,0
Erledigungen je Richter Bremen	220,8	196,4	197,4	176,3
Erledigungen je Richter Bundesdurchschnitt	173,1	171,0	167,2	172,8
Rang Bremen Erledigungen	1	2	1	4
Unerledigte Verfahren je Richter Bremen	210,3	203	218,6	193,6
Unerledigte Verfahren je Richter Bundesdurchschnitt	125,2	129,3	132,8	133,9
Verfahrensdauer in Mon. Bremen	9,8	9,9	11	11,7
Verfahrensdauer in Mon. Bundesdurchschnitt	8,2	8,3	8,4	8,2

Wie bei den amtsgerichtlichen Zivilsachen erreicht Bremen auch hier seit Jahren Spitzenwerte im Leistungsvergleich mit den anderen Bundesländern. Die Eingänge sind im Jahre 2010

zurückgegangen. Die Bestandszahlen sind leicht reduziert, aber noch sehr deutlich oberhalb des Bundesdurchschnitts. Der Anstieg in der Verfahrensdauer beruht auch darauf, dass verstärkt ältere Verfahren erledigt wurden. Die hier nicht ausdrücklich aufgeführten Geschäftszahlen der Kammer für Handelssachen weisen für Bremen die höchste Erledigungsquote je Richter aller Länder aus.

Landgericht Zivilkammer Berufungen

	2007	2008	2009	2010
Eingänge je Richter Bremen	210,8	194,6	193,2	156,4
Eingänge je Richter Bundesdurchschnitt	177,2	180,6	179,2	178,5
Erledigungen je Richter Bremen	208,1	163,7	222,4	160,9
Erledigungen je Richter Bundesdurchschnitt	179,3	177,7	177,8	174,2
Rang Bremen Erledigungen	2	11	1	8
Unerledigte Verfahren je Richter Bremen	116,1	126,5	116,1	84,0
Unerledigte Verfahren je Richter Bundesdurchschnitt	83,8	87,9	90,4	94,0
Verfahrensdauer in Mon. Bremen	5,5	5,7	7,2	6,5
Verfahrensdauer in Mon. Bundesdurchschnitt	5,5	5,5	5,7	5,9

Die Geschäftszahlen Bremens liegen hier bis 2009 oberhalb der Bundesdurchschnittswerte, ohne eine eindeutige Tendenz auszuweisen. Die Bestandszahlen gehen in 2010 zurück, allerdings liegt die Verfahrensdauer noch immer vergleichsweise hoch. Die Zahl der unerledigten Verfahren lag 2010 wieder im Bundesdurchschnitt. Der Schwerpunkt der Erledigungen in den jeweils für beide Instanzen zuständigen Zivilkammern lag in der 1. Instanz.

Landgericht Strafsachen 1. Instanz

	2007	2008	2009	2010
Eingänge je Richter Bremen	11,3	8,3	8,8	8,4
Eingänge je Richter Bundesdurchschnitt	14,3	13,7	14,1	13,7
Erledigungen je Richter Bremen	9,4	10,0	8,5	9,7
Erledigungen je Richter Bundesdurchschnitt	14,4	13,9	13,8	13,6
Rang Bremen Erledigungen	15	15	15	14
Unerledigte Verfahren je Richter Bremen	11,2	9,0	9,8	6,8
Unerledigte Verfahren je Richter Bundesdurchschnitt	6,9	6,6	6,8	6,8
Verfahrensdauer in Mon. Bremen	6,8	11,5	7,2	10,2
Verfahrensdauer in Mon. Bundesdurchschnitt	6,3	6,3	6,2	6,3

Landgericht Strafsachen Berufungen

	2007	2008	2009	2010
Eingänge je Richter Bremen	114,8	76,3	84,7	176,9
Eingänge je Richter Bundesdurchschnitt	165,5	161,6	154,8	159,2
Erledigungen je Richter Bremen	112,8	100	106,4	180,1
Erledigungen je Richter Bundesdurchschnitt	163,3	160,7	157,2	159,7
Rang Bremen Erledigungen	15	16	15	3
Unerledigte Verfahren je Richter Bremen	128,6	57,3	41	73,7
Unerledigte Verfahren je Richter Bundesdurchschnitt	59,9	59,2	57,3	59,0
Verfahrensdauer in Mon. Bremen	9,9	9,8	8,8	7,2
Verfahrensdauer in Mon. Bundesdurchschnitt	4,2	4,3	4,8	4,3

Das Landgericht hat in den vergangenen Jahren in den Strafkammersachen in beiden Instanzen unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielt. Die Aussagekraft des statistischen Vergleichs ist angesichts der kleinen Zahlenmenge insbesondere der 1. Instanz zwar eingeschränkt, die Gesamtsituation ist aber noch nicht wieder befriedigend. Im Jahre 2010 ist ein Schwerpunkt des Personaleinsatzes auf die 1. Instanz gelegt worden. Der Anstieg der Erledigungsquote in Berufungssachen erklärt sich vor dem Hintergrund des geringeren Personaleinsatzes in diesem Teilbereich.

Dem Landgericht ist zur Aufarbeitung der Rückstände aus Ressortmitteln eine vorübergehende Personalverstärkung bewilligt worden. Die Präsidentin des Landgerichts, der Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Bremen und der Senator für Justiz und Verfassung überwachen den Konsolidierungsprozess im Rahmen eines engen Controllings in den Grenzen der richterlichen Unabhängigkeit.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Bremen im Richterdienst der ordentlichen Gerichtsbarkeit durchweg überdurchschnittliche, zu einem wesentlichen Teil sogar Spitzenleistungen im Vergleich mit den anderen Bundesländern erreicht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der hohe Proberichteranteil in Bremen eine überproportionale Fluktuation mit erhöhtem Einarbeitungsaufwand zur Folge hat. Auch der erhöhte Anfall an Mutterschutz- und Elternzeiten spielt insoweit eine Rolle.

Für die Strafkammerverfahren des Landgerichts Bremen schreitet der Abbau der Altverfahren mit Hilfe der ressortintern gewährten Personalverstärkungsmittel allmählich voran. Sobald der Bestand an offenen Verfahren dies zulässt, wird eine Reduzierung der Richterstellen bei den Strafkammern zugunsten der Zivilkammern erfolgen, um dort die übermäßig hohen Bestände zu verringern.

b) Für den **nichtrichterlichen Dienst** der ordentlichen Gerichte ergibt sich folgendes Bild:

Rechtspfleger

Grundbuchsachen (Urkunden) je Rechtspfleger	2009	2010
	Bremen	2.713,5
	Bundesdurchschnitt	2561,0
	Rangplatz Bremen	3
		1

Nachlasssachen je Rechtspfleger			
	Bremen	753,5	715,5
	Bundesdurchschnitt	727,9	806,2
	Rangplatz Bremen	7	12
Betreuungssachen (laufende Verfahren) je Rechtspfleger			
	Bremen	1.319,3	1.089,7
	Bundesdurchschnitt	1.209,9	1.134,2
	Rangplatz Bremen	3	10
Handelsregistersachen (Urkunden Personengesellschaften) je Rechtspfleger			
	Bremen	324,6	523,1
	Bundesdurchschnitt	299,4	295,6
	Rangplatz Bremen	5	2
Unternehmensinsolvenzen (laufende Verfahren) je Rechts-pfleger			
	Bremen	356,2	345,3
	Bundesdurchschnitt	506,1	625,9
	Rangplatz Bremen	13	16
Verbraucherinsolvenzen (laufende Verfahren) je Rechtspfle-ger			
	Bremen	1.329,4	1.113,1
	Bundesdurchschnitt	783,7	792,2
	Rangplatz Bremen	2	4
Zwangsversteigerungen (Eingänge) je Rechtspfleger			
	Bremen	176,8	162,2
	Bundesdurchschnitt	131,5	122,2
	Rangplatz Bremen	1	1

Diese als Auszüge aus den Registern entnommen Zahlen haben wg. möglicher Abweichungen in der Zählweise unter den Bundesländern nicht die gleiche hohe Validität wie die aus den Zählkartenstatistiken entnommenen Daten für Zivil-, Familien- und Strafsachen, bieten aber jedenfalls einen Anhaltspunkt für den Leistungsvergleich. Sie zeigen, dass die Rechtspfleger in Bremen im Vergleich durchweg hoch belastet sind. Dies wird bestätigt durch die Ergebnisse des internen Bedarfsberechnungssystems PEBB§Y, das für die Rechtspfleger den höchsten Belastungswert ausweist. Der Verfahrensanfall je Rechtspfleger in Grundbuchsachen lag auch in 2007 und 2008 auf dem Stand von 2009. In diesem Bereich ist aktuell nachgesteuert worden, so dass davon ausgegangen werden kann, dass sich die hohe Verfahrensquote von 2010 wieder reduzieren wird. Die überdurchschnittliche Ausstattung im Bereich der Unternehmensinsolvenzen ist mit einem erweiterten Aufgabenbereich der Rechtspfleger in Bremen zu erklären.

Es wird weiterhin eine kontinuierliche und verlässliche Ausbildungsplanung wichtig sein, die den aktuellen Personalstand sichert und eine ausgewogene Altersstruktur gewährleistet.

Geschäftsstellen / Service-Einheiten

Verfahrenseingänge je Service-Kraft

Amtsgerichte Zivilsachen		2009	2010
	Bremen	462,8	459,5
	Bundesdurchschnitt	395,2	392,9
	Rangplatz Bremen	1	1
Amtsgerichte Familiensachen			
	Bremen	282,6	294,1
	Bundesdurchschnitt	274,4	292,3
	Rangplatz Bremen	5	8
Amtsgerichte Straf- und Bußgeldsachen ²			
	Bremen	638,7	620,8
	Bundesdurchschnitt	507,8	518,4
	Rangplatz Bremen	1	1

² einschl. Erzwingungshaftanträge und sog. sonstiger Anträge

Landgericht Zivilsachen			
	Bremen	254,1	225,4
	Bundesdurchschnitt	253,4	256,0
	Rangplatz Bremen	4	11
Landgericht Strafsachen			
	Bremen	145,1	159,5
	Bundesdurchschnitt	215,3	215,4
	Rangplatz Bremen	15	14

Service-Personalquote je Richter

Amtsgericht (ohne FGG)		2009	2010
	Bremen	2,15	2,30
	Bundesdurchschnitt	2,21	2,19
	Rangplatz Bremen	5	12
Landgericht			
	Bremen	0,69	0,69
	Bundesdurchschnitt	0,74	0,73
	Rangplatz Bremen	2	3
Oberlandesgericht			
	Bremen	0,31	0,39
	Bundesdurchschnitt	0,42	0,42
	Rangplatz Bremen	1	6

Die Lage in den Geschäftsstellen und Service-Einheiten der ordentlichen Gerichte hat sich in den vergangenen Jahren problematisch entwickelt. Die rechnerische Personalausstattung gemessen an den tätigen Richtern ist ganz überwiegend unterdurchschnittlich. Dazu ist ergänzend zu berücksichtigen, dass auch der Richterdienst wie gezeigt hoch belastet ist. Daraus erklärt sich, dass der Geschäftsstellen- und Service-Bereich bis zur Grenze belastet ist. Treten unvorhergesehene personelle Ausfälle hinzu, so wachsen die Bearbeitungsrückstän-

de wie zuletzt in der Nachlassabteilung und in der Vollstreckungsabteilung des Amtsgerichts Bremen sowie in der Strafabteilung des Amtsgerichts Bremerhaven auf ein Maß an, das die Arbeitsfähigkeit in Frage stellt. In solchen Fällen lassen sich die Rückstände mit eigenen Kräften der Abteilungen regelmäßig nicht mehr auffangen, so dass zur Unterstützung Personal aus anderen Abteilungen und Gerichten abgezogen werden muss. Solche Maßnahmen sind aufwändig und belasten auch die zur Hilfe herangezogenen anderen Bereiche. Aus diesem Grund war es in der jüngeren Vergangenheit in Einzelfällen unumgänglich, Personal extern nachzusteuern.

Die Situation in den Geschäftsstellen ist mit verantwortlich für die im Ländervergleich überwiegend überdurchschnittlich lange Dauer der gerichtlichen Verfahren im Lande Bremen. Die Personaleinsparungen nach PEP, die durch den Einsatz von EDV nur zu einem Teil kompensiert werden, haben sich im Geschäftsstellenbereich besonders gravierend ausgewirkt. Den Personalreduzierungen standen auch keine entsprechenden Rückgänge der gerichtlichen Verfahren gegenüber. In verschiedenen Rechtsgebieten wie der Verbraucherinsolvenz, dem Familienrecht sowie in der übrigen freiwilligen Gerichtsbarkeit sind im Gegenteil neue und kompliziertere Verfahrensarten hinzugereten.

Neben diesem quantitativen Aspekt ist vor allem auch die eingeschränkte berufliche Qualifikation eines Teils der in den Geschäftsstellen eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter prägend für die aktuelle Lage. Die Quote des umfassend ausgebildeten Personals ist bei den bremischen Gerichten sehr niedrig. Der Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer Ausbildung als Justizfachangestellte oder im Beamtenverhältnis im früheren mittleren Dienst liegt inzwischen nur noch bei ca. 40%. Die übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aus der allgemeinen Verwaltung, aus dem Bereich der früheren Schreibkanzleien und aus dem Justizvollzug rekrutiert wurden, sind für ihre jeweiligen Tätigkeiten lediglich praktisch angeleert worden. Sehr viele dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten sehr gute Arbeit. Insgesamt ist die mangelnde Verwendungsbreite dennoch nachteilig für die Personaleinsatzplanung. Gerade die vielen unterschiedlichen Rechtsgebiete in den Amtsgerichten einschließlich der spezifischen EDV-Fachverfahren erfordern eine möglichst hohe Flexibilität, die von angelernten Kräften nicht erbracht werden kann. Die noch verbliebenen qualifiziert ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden durch diesen Umstand zusätzlich belastet.

Die beschriebenen ungünstigen Rahmenbedingungen konnten durch den überobligationsmäßigen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Geschäftsstellen in der Vergangenheit bewältigt werden. Inzwischen zeigt sich aber eine besorgniserregende Entwicklung der Krankenquote. Die Ausfallquote ist etwa bei den Amtsgerichten von 8,3 % im Jahre 2005 auf 11,2 % im Jahre 2010 angestiegen. Beim Amtsgericht Bremerhaven sind aktuell von rd. 38 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern 3 1/2 Kräfte langzeiterkrankt. Der Zusammenhang der

hohen Krankheitsquote mit der wachsenden Belastung ist überdeutlich. Der personelle Ausfall belief sich im Jahre 2010 auf 5.279 Arbeitstage.

Kurzfristig lässt sich die Situation in den Geschäftsstellen nur durch Bereitstellung zusätzlichen Personals entschärfen. Im Bereich der Qualifikation steuert der Senator für Justiz und Verfassung gemeinsam mit den Gerichten durch die Fortbildungsoffensive, die kontinuierlichen Nachwuchsausbildung als Justizfachangestellte sowie der gezielten Nachqualifizierung für amtierende Geschäftsstellenkräfte (sog. JuFA-Förderkurs) nach. Diese Qualifizierungsmaßnahmen sind zwingend notwendig, um mittel- bis langfristig eine Entspannung zu bewirken. Kurzfristig belasten die Schulungsmaßnahmen die Gerichte allerdings zusätzlich, weil sie weitere personelle Kapazität (Vertretung, Unterricht usw.) in Anspruch nehmen.

c) Zusammenfassung

Im Ergebnis ist festzustellen, dass die ordentliche Gerichtsbarkeit in Bremen mit der bestehenden personellen Ausstattung gerade auskommt. Weitere Belastungen durch Anstieg der Geschäftsentwicklung, durch personelle Ausfälle oder durch zusätzliche Personaleinsparungen hätten dagegen unweigerlich eine problematische Beeinträchtigung der Rechtsschutzwährung zur Folge. Schon jetzt liegen die Verfahrensdauern und Bestandszahlen durchweg oberhalb des bundesweiten Standards. Um hier zu einer Konsolidierung zu kommen, ist gerade auch der Service-Bereich im Blick zu behalten. Die zwar für alle Beteiligten aufwändige, aber zwingend notwendige Nach-Qualifizierung der Service-Kräfte muss ebenso fortgesetzt werden wie die regelmäßige und kontinuierliche Ausbildung von Justiz-Fachangestellten und Rechtspflegern. Auch bei der Personal-Nachsteuerung ist weiterhin auf eine breite Verwendungsfähigkeit zu achten, die mit fachfremdem Personal nicht gegeben ist. Aus diesem Grund sollte die Justiz in die Lage versetzt werden, zu besetzende Stellen im Service-Bereich abweichend von dem Senatsbeschluss vom 20.04.2010 sofort extern auszuschreiben, so dass zur Verfügung stehende Justizfachangestellte aus anderen Bundesländern rekrutiert werden können. Auf die besondere Bedeutung dieses Punktes hat der Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Bremen hingewiesen. Schließlich ist auch die vor drei Jahren begonnene Fortbildungsoffensive in allen Dienstbereichen weiter auszubauen.

Eine erkennbare Effizienzsteigerung wird durch Konzentration der Handelsregisterangelegenheiten und der Führung der Schuldnerverzeichnisse bei jeweils einem der Amtsgerichte im Lande Bremen erzielt werden können.

II. Staatsanwaltschaft

Bei der Staatsanwaltschaft Bremen (einschl. Zweigstelle Bremerhaven) haben sich die Geschäftszahlen wie folgt entwickelt:

a) Staatsanwaltsdienst

	2007	2008	2009	2010
Eingänge Js-Verfahren je Staatsanwalt Bremen	771,9	760,9	750,8	718,1
Eingänge Js-Verfahren je Staatsanwalt Bundesdurchschnitt	829	821,7	774,8	740,6
Erledigungen Js-Verfahren je Staatsanwalt Bremen	769,7	791,4	756,7	706,5
Erledigungen Js-Verfahren je Staatsanwalt Bundesdurchschnitt	836,7	827,8	777,0	738,8
Rang Bremen Erledigungen	8	8	8	7
Unerledigte Verfahren je Staatsanwalt Bremen	169,5	143,0	133,9	148,0
Unerledigte Verfahren je Staatsanwalt Bundesdurchschnitt	118,8	112,7	109,2	109,6
Verfahrensdauer in Mon. Bremen	2,7	2,6	2,4	2,3
Verfahrensdauer in Mon. Bundesdurchschnitt	1,9	1,8	1,9	1,8

In die Bundesvergleichszahlen fließen allerdings auch die Ermittlungsverfahren aus dem Bereich der kleineren Kriminalität in Bayern und Sachsen ein, die in den übrigen Ländern von Amtsanwälten bearbeitet werden. In Bayern und Sachsen werden Amtsanwälte nicht beschäftigt. Würde man die bundesdurchschnittliche Erledigungsquote für das Jahr 2010 um die Ergebnisse aus diesen beiden Ländern bereinigen, so ergäbe sich eine Durchschnittsquote von 621,1. Bremen würde in einem solchen bereinigten Vergleich somit einen deutlich überdurchschnittlichen Leistungsstand aufweisen und für das Jahr 2010 Rangplatz 5 unter 14 Ländern belegen.

Die Bestandsquoten konnten zwar gegenüber 2007 verringert werden, liegen aber noch deutlich oberhalb des Bundesdurchschnittsniveaus. In absoluten Zahlen haben sich die Bestände wie folgt entwickelt: 2007: 6909, 2008: 5693, 2009: 5452, 2010: 5917.

Auch die Verfahrensdauer liegt in Bremen höher als im Bundesdurchschnitt. Die absoluten Eingangszahlen sind allerdings seit 2009 rückläufig.

Der Sitzungsdienst der Staatsanwälte, der in nicht unerheblichem Umfang Personalressourcen bindet, konnte bei den vorstehenden Belastungsvergleichen nicht einbezogen werden, weil insoweit keine Vergleichswerte der anderen Bundesländer vorliegen.

b) Amtsanwaltsdienst

	2007	2008	2009	2010
Eingänge Js-Verfahren je Amtsanwalt Bremen	2165,3	2102,1	2329,3	2549,3
Eingänge Js-Verfahren je Amtsanwalt Bundesdurchschnitt	2007,3	1944,8	1959,8	1978,8
Erledigungen Js-Verfahren je Amtsanwalt Bremen	2140,8	2095,9	2353,4	2569,2
Erledigungen Js-Verfahren je Amtsanwalt Bundesdurchschnitt	2016,77	1957,6	1951,9	1976,0
Rang Bremen Erledigungen	4	4	2	3
Unerledigte Verfahren je Amtsanwalt Bremen	281,4	283,8	267,9	264,5
Unerledigte Verfahren je Amtsanwalt Bundesdurchschnitt	213,6	198,6	206,4	210,0
Verfahrensdauer in Mon. Bremen	1,4	1,5	1,3	1,2
Verfahrensdauer in Mon. Bundesdurchschnitt	1,3	1,3	1,2	1,2

Der an den Erledigungen zu messende Leistungsstand Bremens wird seit Jahren durch Spitzenplätze im Ländervergleich dokumentiert. Die Bestände konnten reduziert werden, liegen aber im Vergleich noch immer sehr hoch. Die Verfahrensdauer konnte erfreulicherweise auf den bundesdurchschnittlichen Wert zurückgeführt werden.

Zum Sitzungsdienst gilt das oben unter a) zum Staatsanwaltsdienst Gesagte in gleicher Weise.

c) Geschäftsstellen / Service-Einheiten

Verfahrenseingänge je Service-Kraft³

		2009	2010
	Bremen	2791,7	2791,4
	Bundesdurchschnitt	1919,2	1947,4
	Rangplatz Bremen	2	2

Service-Personalquote je Staats- und Amtsanwalt

		2009	2010
	Bremen	1,20	1,18
	Bundesdurchschnitt	1,23	1,19
	Rangplatz Bremen	7	8

Die Lage im Geschäftsstellen-/ Service-Bereich der Staatsanwaltschaft ist ganz ähnlich wie die unter I. beschriebene Situation dieses Funktionsbereichs bei den ordentlichen Gerichten. Nicht nur die rechnerische Verfahrensbelastung, sondern insbesondere eine ausgesprochen geringe Quote an justizspezifisch ausgebildeten Kräften – sie liegt bei der Staatsanwaltschaft gegenwärtig sogar nur bei ca. 30% - und hohe Ausfallzeiten durch Krankheit beeinträchtigen die Verfahrensbearbeitung. Die Problematik ist deutlich an der Entwicklung der Ausfallquote in den vergangenen Jahren ablesbar.⁴:

2003: 7,9%

2004: 8,5%

2005: 11,2%

2006 9,4%

2007: 9,1%

2008: 9,9%

2009: 10,4%

2010: 14,1%.

³ Ermittlungsverfahren einschl. Verfahren gegen Unbekannt und Ordnungswidrigkeitenverfahren

⁴ Quelle: Erhebungen der Staatsanwaltschaft

Die hohe Krankenquote in der Staatsanwaltschaft wird auch in den Untersuchungen der HKK⁵ aufgezeigt. Der Wert liegt um 2,4 Prozentpunkte (2009) bzw. 1,8 Prozentpunkte (2010) höher als allgemein im Bereich der öffentlichen Verwaltung.

Hinzu tritt eine ungünstige Altersstruktur. Während der Generationswechsel der Staatsanwälte inzwischen vollzogen ist, weist der Bereich der Geschäftsstellen noch einen sehr hohen Anteil an lebensälteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf. Insofern wird in den kommenden Jahren auch hier auf eine Nachsteuerung durch qualifiziertes Personal zu achten sein.

Auch die internen Fortbildungen sind intensiv fortzusetzen.

III. Fachgerichtsbarkeiten

a) Richterdienst

Verwaltungsgericht (Haupt- und Eilverfahren)⁶

	2007	2008	2009	2010
Eingänge je Richter Bremen	209	235	131	154
Eingänge je Richter Bundesdurchschnitt	132	143	146	151
Erledigungen je Richter Bremen	191	216	185	176
Erledigungen je Richter Bundesdurchschnitt	146	150	150	151
Rang Bremen Erledigungen	1	1	3	3
Unerledigte Verfahren je Richter Bremen	152	175	158	152
Unerledigte Verfahren je Richter Bundesdurchschnitt	105	103	103	105
Dauer der Hauptverfahren in Mon. Bremen	11,9	11,2	14,4	20,7
Dauer der Hauptverfahren in Mon. Bundesdurchschnitt	13,9	12,3	11,3	10,9
Dauer der Eilverfahren in Mon. Bremen	1,7	1,5	2,1	1,9

⁵ Sog. Gesundheitsberichte für 2009 und 2010, überprüft wurde die Gruppe der Tarifbeschäftigte (auch Amtsgericht und Landgericht Bremen)

⁶ in Bremen bis 2008 einschl. Hartz-IV-Verfahren

Dauer der Eilverfahren in Mon. Bundesdurchschnitt	2,3	2,3	2,2	2,2
--	-----	-----	-----	-----

Bremen steht seit vielen Jahren im Spitzenbereich des Länderrankings. Es besteht gegenüber allen anderen Ländern aber die Besonderheit, dass Teil der Geschäftsbelastung seit 2005 und auch noch heute in erheblichem Umfang Hartz-IV-Verfahren sind, die mit den anderen verwaltungsgerichtlichen Verfahren nicht vergleichbar sind. Auf Grund der Zuständigkeit für Hartz-IV-Verfahren bis 2008 sind beim Verwaltungsgericht Bremen Bestände angewachsen, die gegenwärtig noch abgebaut werden.

Sozialgericht (Haupt- und Eilverfahren)⁷

	2007	2008	2009	2010
Eingänge je Richter Bremen	217	246	448	467
Eingänge je Richter Bundesdurchschnitt	412	408	391	392
Erledigungen je Richter Bremen	243	253	300	374
Erledigungen je Richter Bundesdurchschnitt	375	374	367	369
Rang Bremen Erledigungen	15	15	14	5
Unerledigte Verfahren je Richter Bremen	299	328	362	444
Unerledigte Verfahren je Richter Bundesdurchschnitt	435	441	421	415
Dauer der Hauptverfahren in Mon. Bremen	17,9	16,6	12,7	11,1
Dauer der Hauptverfahren in Mon. Bundesdurchschnitt	13,5	13,6	14,0	13,7
Dauer der Eilverfahren in Mon. Bremen	1,4	1,9	0,9	1,1
Dauer der Eilverfahren in Mon. Bundesdurchschnitt	1,3	1,3	1,2	1,2

⁷ einschl. Hartz-IV-Verfahren (Bremen ab 2009)

Anders als in den anderen Bundesländern ist die Zuständigkeit für Hartz-IV-Verfahren in Bremen erst 2009 auf das Sozialgericht übergegangen. Mit Hilfe der durch Umverteilung im Ressort realisierten personellen Verstärkung kann das Sozialgericht Bremen seit der Jahreswende 2010/2011 die hohe Zahl an Eingängen im Wesentlichen bewältigen. Erfreulich ist vor allem auch die deutlich gesteigerte Erledigungsquote des Sozialgerichts. Diese Steigerung ist auch darauf zurückzuführen, dass die Hartz-IV-Verfahren im Durchschnitt schneller zu erledigen sind als die Verfahren in den Rechtsgebieten, für die das Sozialgericht schon vorher zuständig war. Die Eingänge werden sich nach aktueller Einschätzung weiterhin auf dem Niveau von 2010 bewegen.

Finanzgericht (Haupt- und Eilverfahren)

	2007	2008	2009	2010
Eingänge je Richter Bremen	141	134	134	89
Eingänge je Richter Bundesdurchschnitt	112	111	101	101
Erledigungen je Richter Bremen	167	155	132	108
Erledigungen je Richter Bundesdurchschnitt	121	120	108	107
Rang Bremen Erledigungen	2	2	3	9
Unerledigte Verfahren je Richter Bremen	89	93	100	60
Unerledigte Verfahren je Richter Bundesdurchschnitt	138	133	119	114
Dauer der Hauptverfahren in Mon. Bremen	9,1	9,0	10,0	10,3
Dauer der Hauptverfahren in Mon. Bundesdurchschnitt	18,5	18,0	18,1	17,5
Dauer der Eilverfahren in Mon. Bremen	4,1	3,8	5,6	4,6
Dauer der Eilverfahren in Mon. Bundesdurchschnitt	4,0	4,0	4,1	4,1

Das Finanzgericht Bremen hat seit jeher im Vergleich mit anderen Ländern sehr gute Leistungsergebnisse vorzuweisen. Die Eingangszahlen haben in den letzten Jahren rückläufige Tendenz. Einsparpotenzial besteht aber schon auf Grund der geringen Zahl der Richter nicht.

Arbeitsgericht (Urteils- und Beschlussverfahren einschl. Eilverfahren)

	2007	2008	2009	2010
Eingänge je Richter Bremen	615	600	785	664
Eingänge je Richter Bundesdurchschnitt	591	623	720	581
Erledigungen je Richter Bremen	630	592	660	749
Erledigungen je Richter Bundesdurchschnitt	598	611	698	616
Rang Bremen Erledigungen	5	9	8	1
Unerledigte Verfahren je Richter Bremen	190	187	330	244
Unerledigte Verfahren je Richter Bundesdurchschnitt	167	183	217	172
Dauer der Urteilsverfahren (einschl. Eilverfahren) in Mon. Bremen	3,6	2,8	3,0	4,0
Dauer der Hauptverfahren in Mon. Bundesdurchschnitt	3,2	3,1	3,0	3,3
Dauer der Beschlussverfahren (einschl. Eilverfahren) in Mon. Bremen	3,1	3,1	3,8	4,1
Dauer der Eilverfahren in Mon. Bundesdurchschnitt	3,6	3,4	3,6	3,8

Die Geschäftsentwicklung bei den Arbeitsgerichten ist der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt folgend häufigen Schwankungen ausgesetzt. Auf die außerordentlich hohe Zahl an Verfahrenseingängen 2009 hat das Arbeitsgericht Bremen-Bremerhaven mit einer ebenso deutlichen Steigerung der Erledigungsquote reagiert, die aber nicht auf Dauer auf diesem Stand zu halten ist.

b) Für den nichtrichterlichen Dienst der Fachgerichte ergeben sich die folgenden Vergleichswerte:

Geschäftsstellen / Service-EinheitenVerfahrenseingänge je Service-Kraft

Verwaltungsgericht		2009	2010
	Bremen	209	244
	Bundesdurchschnitt	261	246
	Rangplatz Bremen	11	11
Sozialgericht			
	Bremen	487	449
	Bundesdurchschnitt	295	310
	Rangplatz Bremen	1	1
Finanzgericht			
	Bremen	339	283
	Bundesdurchschnitt	165	192
	Rangplatz Bremen	2	2
Arbeitsgericht			
	Bremen	549	475
	Bundesdurchschnitt	423	368
	Rangplatz Bremen	2	1

Service-Personalquote je Richter

Verwaltungsgericht		2009	2010
	Bremen	0,63	0,63
	Bundesdurchschnitt	0,63	0,61
	Rangplatz Bremen	6	3
Sozialgericht			
	Bremen	0,92	1,04
	Bundesdurchschnitt	1,32	1,26
	Rangplatz Bremen	1	1

Finanzgericht			
	Bremen	0,40	0,31
	Bundesdurchschnitt	0,54	0,53
	Rangplatz Bremen	2	2
Arbeitsgericht			
	Bremen	1,43	1,40
	Bundesdurchschnitt	1,70	1,58
	Rangplatz Bremen	4	5

Der Geschäftsstellen- und Servicebereich der Fachgerichtsbarkeiten kommt mit der derzeit bestehenden Ausstattung noch zurecht. Allerdings sind auch hier ausweislich des Vergleichs mit dem Bundesdurchschnitt erhebliche und überobligatorische Arbeitsanstrengungen der Beschäftigten erforderlich. In diesem Zusammenhang konnten die Synergieeffekte genutzt werden, die durch die räumliche Zusammenfassung aller Fachgerichte im Justizzentrum Am Wall erzielt wurden. Spielräume für immer wieder auftretende personelle Ausfälle bestehen dagegen nicht. Insofern besteht eine ähnliche Problematik wie in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei der Staatsanwaltschaft. Insbesondere in kleinen Einheiten ist bei hohen Ausfallzeiten wie bei längerfristiger Erkrankung eine Umverteilung nicht mehr möglich.

Die Präsidentin des Landesarbeitsgerichts hat darauf hingewiesen, dass eine Verbesserung der Verfahrensabläufe beim Arbeitsgericht Bremen-Bremerhaven durch eine Bündelung am Standort in Bremen – bei Anberaumung von Gerichtstagen in Bremerhaven - erreicht werden könnte.

IV. Justizvollzugsanstalt

Die Personalsituation der Justizvollzugsanstalt Bremen stellt sich im Bundesvergleich wie folgt dar:

	2006	2008	2010
Gefangenенbelegung im Jahresdurchschnitt Bremen	698	625	621
Personalbestand (in Arbeitskraftanteilen, jeweils Ende des Jahres) Bremen	339,5	341,2	345,2
Personal je 100 Gefangene Bremen	48,6	54,6	55,6

Personal je 100 Gefangene Bundesdurchschnitt, gewichtet nach den Gefangenen- und Beschäftigtenzahlen der einzelnen Länder	48,7	48,9	52,7
Personal je 100 Gefangene , Mittelwert der 16 Länderquoten	52,0	56,2	58,2
Personal je 100 Gefangene Rangplatz Bremen	6	7	7

Inzwischen (aktueller Stand September 2011) hat sich der Personalbestand der JVA Bremen auf 333 AKA reduziert. Die Relation Personal je 100 Gefangene beträgt daher in Bremen gegenwärtig 54,6.

Die Bandbreite des Vergleichswertes Personal je 100 Gefangene ist unter den Bundesländern auffällig groß. Während der best-practise-Wert zuletzt bei rd. 43 lag, weisen die Stadtstaaten seit jeher höhere Werte mit bis zu 80 auf. Die Unterschiede sind vor allem mit den besonderen Möglichkeiten der größeren Länder zur Bildung großer homogener Gefangenengruppen zu erklären. Der spezifische Behandlungs- und Betreuungsbedarf der unterschiedlichen Gruppen wie Sexualstraftäter, Drogenabhängige, Jugendliche, Frauen kann effizienter abgedeckt werden, wenn eine größere Zahl der Gefangenen einer Gruppe in einer Haftanstalt versammelt werden. In Bremen werden dagegen alle Haftarten vorgehalten. Lediglich längere Freiheitsstrafen werden bisher auf Grund der Vollzugsgemeinschaft in Niedersachsen vollstreckt. Für den Vergleich Bremens mit den anderen Bundesländern ist daher der Mittelwert der 16 Länderquoten besser geeignet als der nach Ländergrößen gewichtete Durchschnitt, weil letzterer deutlicher von den großen Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen geprägt ist. In dem Quotenvergleich liegt die personelle Ausstattung des bremischen Justizvollzuges seit einigen Jahren unterhalb des Niveaus der anderen Bundesländer. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in der jetzigen Phase der Sanierung der JVA, die im laufenden Betrieb stattfindet, zusätzlicher personeller Aufwand entsteht, um dem erhöhten Sicherheitsrisiko (ein- und ausfahrende Baufahrzeuge, Bauwerkzeuge usw.) zu begegnen.

Eine Reduzierung des gegenwärtigen Personalstandes wird nicht in Betracht kommen. Schon jetzt führt die angespannte Personalsituation dazu, dass Aufschlusszeiten für Gefangene eingeschränkt und Angebote reduziert werden müssen.

Die Gewährleistung der notwendigen Besetzung im Aufsichtsdienst fällt zunehmend schwer. Um die erforderlichen Schichten abzudecken, fallen Überstunden an, die nicht abgebaut werden können. Diese ungünstigen Bedingungen lassen die durch die Wechselschichtdienste ohnehin bestehende gesundheitliche Belastung der Bediensteten ansteigen, was sich auf die

Ausfallquote durch Krankheit auswirkt. Insbesondere zeichnet sich ein erneuter Anstieg der Langzeitfälle (sog. Vollzugsdienstuntaugliche) ab.

V. Soziale Dienste in der Justiz

Die personelle Ausstattung bei den Sozialen Diensten in der Justiz hat sich im Vergleich wie folgt entwickelt:

	2006	2007	2008
Unter Bewährungshilfe oder Führungsaufsicht stehende Probanden Bremen	2330	2355	2415
Personalbestand bei den Sozialen Diensten in der Justiz (in Arbeitskraftanteilen, jeweils Ende des Jahres) Bremen	23,28	22,89	22,71
Relation Proband je Bewährungshelfer Bremen	100,1	102,9	106,4
Relation Proband je Bewährungshelfer Bundesdurchschnitt	79,9	80,8	80,5
Relation Proband je Bewährungshelfer Rangplatz Bremen	3	2	1

Die Auftragseingänge in Bremen sind seit 2009 leicht zurückgegangen. Die Relation Proband je Bewährungshelfer liegt aktuell bei rd. 91. Bundesvergleichszahlen liegen seit 2009 nicht mehr vor. Es kann davon ausgegangen werden, dass der bis 2008 bestehende bundesdurchschnittliche Standard von rd. 80 auch aktuell fortbesteht.

Der vorstehende Vergleich weist die weiterhin deutlich über dem sonstigen Niveau liegende Belastung der Sozialen Dienste in der Justiz im Lande Bremen aus. Ab Januar 2011 ist das Aufgabenfeld neu gegliedert worden. Die Sozialen Dienste in Bremen sind als eigenständige Dienststelle eingerichtet worden. Damit konnte eine strukturelle Verbesserung der ambulanten Straffälligenarbeit erreicht werden. Insbesondere die Verfahrenabläufe und die Kommunikation mit der JVA Bremen im Rahmen des sog. Übergangsmanagements konnten verbessert werden.

Eine noch weitergehende Absenkung der personellen Ausstattung ist nicht möglich.

VI. Zusammenfassende Bewertung

Betrachtet man alle Bereiche des Justizressorts im Gesamtzusammenhang, so ist festzustellen, dass die aktuell bestehende personelle Ausstattung sich insgesamt an der Grenze der

Belastung befindet. Die bremischen Gerichte und Dienststellen liegen im Leistungsvergleich mit den anderen Bundesländern ganz überwiegend oberhalb des Bundesdurchschnitts, vielfach sogar im Spitzenbereich. Personelle Spielräume, die z. B. bei den inzwischen häufiger auftretenden Krankheitsausfällen notwendig wären, bestehen nicht mehr. Die Aufarbeitung der in der Folge immer wieder in einzelnen Bereichen entstehenden hohen Rückstände verursacht erheblichen zusätzlichen Aufwand.

Voraussetzung für eine funktionierende bremische Justiz ist vor allem eine gesicherte personelle Ausstattung auf dem aktuell bestehenden Niveau als Minimum. Dies schließt insbesondere für kleinere Einheiten die Notwendigkeit ein, absehbar längere Fehlzeiten (z. B. wegen Krankheit oder Elternzeit) sofort personell zu ersetzen. Auf dieser Grundlage wird es möglich sein, die verfassungsrechtliche Anforderung der Gewährung effektiven Rechtsschutzes zu erfüllen.

Um eine reibungslose Nachsteuerung des Personals für die Aufgaben der Rechtspfleger und Justizfachangestellten zu gewährleisten, ist es darüber hinaus notwendig, vakante Stellen in diesen Bereichen sofort – ohne vorgeschaltete verwaltungsinterne Veröffentlichung - extern auszuschreiben. Auf die Fortführung kontinuierlicher Ausbildung ist weiterhin besonders zu achten.

Sofern Planungssicherheit für die aktuelle Personalausstattung besteht, wird die bremische Justiz in der Lage sein, auch die gegenwärtig bestehenden Probleme wie im Bereich der landgerichtlichen Strafkammern zu lösen. Das Beispiel des inzwischen im Ländervergleich gut aufgestellten Sozialgerichts zeigt, dass diese Erwartung realistisch ist. Selbstverständlich setzt dies voraus, dass die Bemühungen zur Modernisierung und Verbesserung der Strukturen fortgesetzt werden. Hierzu sind die verantwortlichen Akteure entschlossen. Neben einem weiteren Ausbau der EDV-Technik z. B. im Bereich der verbesserten Spracherkennung gehört hierzu die Konzentration der Zuständigkeiten für Handelsregistersachen und für die Führung der Schuldnerverzeichnisse an jeweils einem der Amtsgerichte im Lande Bremen. Auch das Vorhaben, die Einnahme-Situation durch Schaffung eines eigenen, effektiven Justizinkassos zu verbessern, ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Das Justizressort wird darüber hinaus die eingeleiteten Personalentwicklungsmaßnahmen wie die Schwerpunktsetzung: Fortbildung für alle Dienstbereiche und der Nach-Qualifizierungen von Justizfachangestellten weiter intensiv fortsetzen.